DR-02 Dringlichkeitsantrag: Politische und rechtliche Handlungsmöglichkeiten ausschöpfen - Keine Teilnahme russischer Nationalmannschaften an der Eishockey-Weltmeisterschaft 2027 in Deutschland

Antragsteller*in:	Dennis Helmich (KV Halle)
Tagesordnungspunkt:	D TOP 09 - Dringlichkeitsanträge

Antragstext

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag spricht sich entschieden gegen eine Teilnahme russischer Nationalmannschaften an internationalen Eishockey-Wettbewerben und insbesondere an der IIHF-Herren-Weltmeisterschaft 2027 in Deutschland aus.

Der Internationale Sportgerichtshof (CAS) hat am 30. Oktober 2026 die bisherige Ausschlussentscheidung der IIHF für die Saison 2026/27 aufgehoben. Damit wurde eine mögliche Rückkehr russischer Nationalmannschaften in internationale Eishockey-Wettbewerbe eröffnet. Die sportrechtliche Entscheidung entbindet die Bundesregierung jedoch nicht von ihrer politischen und staatlichen Verantwortung als Gastgeberland.

Die Ablehnung einer russischen Teilnahme ist zudem keine Einzelposition. Mehrere nationale Eishockeyverbände haben sich gegen eine Rückkehr ausgesprochen beziehungsweise angekündigt, nicht gegen russische Mannschaften antreten zu wollen. Damit drohen konkrete Auswirkungen auf den Spielbetrieb und die Durchführung der Weltmeisterschaft.

Neben der grundsätzlichen politischen und moralischen Ablehnung sprechen auch handfeste Sachgründe gegen eine Teilnahme: zusätzliche Sicherheitsanforderungen, erhebliche organisatorische und finanzielle Belastungen, mögliche Spielboykotte sowie die Gefahr einer propagandistischen Instrumentalisierung des internationalen Sports durch Russland.

Der Bundesparteitag fordert die Bundesregierung deshalb auf:

1. Sich mit allem politischen und diplomatischen Nachdruck gegenüber der IIHF und den internationalen Partnern für den Ausschluss russischer Nationalmannschaften einzusetzen.

2. Sämtliche rechtlich zulässigen Möglichkeiten auszuschöpfen, um eine Teilnahme russischer Teams an der Weltmeisterschaft 2027 in Deutschland zu verhindern. Dazu gehört insbesondere die umfassende Prüfung der aufenthalts-, einreise- und visarechtlichen Möglichkeiten. Die Bundesregierung soll prüfen, unter welchen Voraussetzungen Visa für russische Spieler, Trainer, Betreuer, Funktionäre und Delegationsmitglieder verweigert oder Einreisen rechtmäßig beschränkt werden können.

3. Gemeinsam mit dem Deutschen Eishockey-Bund, den zuständigen Landesregierungen und Sicherheitsbehörden die Sicherheitsrisiken sowie die

organisatorischen und finanziellen Folgen einer russischen Teilnahme umfassend zu bewerten.

4. Staatliche Unterstützung und öffentliche Mittel an klare Voraussetzungen zu knüpfen und die Folgen einer russischen Teilnahme für die öffentliche Förderung zu prüfen.

5. Sollte ein Ausschluss nicht erreicht werden können, auch die Konsequenzen bis hin zu einer Überprüfung der deutschen Gastgeberrolle in Betracht zu ziehen.

Begründung der Dringlichkeit

Durch die Entscheidung des Internationalen Sportgerichtshofs (CAS) vom 30. Oktober 2026 und damit deutlich nach Antragsschluss für diese BDK hat sich die Ausgangslage für die Eishockey-Weltmeisterschaft 2027 in Deutschland grundlegend verändert. Eine Teilnahme russischer Nationalmannschaften ist damit wieder möglich. Angesichts der bereits laufenden Vorbereitungen und der notwendigen politischen, rechtlichen und organisatorischen Entscheidungen besteht unmittelbarer Handlungsbedarf. Die Bundesregierung muss frühzeitig auf die IIHF einwirken und ihre rechtlichen Handlungsmöglichkeiten prüfen, bevor durch weitere Planungen und Entscheidungen unumkehrbare Fakten geschaffen werden. Der Bundesparteitag muss deshalb jetzt ein klares politisches Signal setzen.

Begründung

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine dauert an. Die Russische Föderation führt mindestens seit 2014 und spätestens mit dem Einmarsch am 24.2.2022 einen imperialen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die russische Staatsführung hat dazu mehrfach erklärt, dass die Ukraine vollständig besetzt werden soll und eine Auslöschung des ukrainischen Staates zum Kriegsziel erklärt.

Eine Rückkehr russischer Nationalmannschaften auf die internationale Sportbühne würde unter diesen Umständen ein Zeichen der Normalisierung setzen, dass weder der politischen Verantwortung Deutschlands noch der Solidarität mit der Ukraine gerecht wird.

Gleichzeitig zeigt die ablehnende Haltung anderer Nationen, dass eine Teilnahme auch konkrete Folgen für den sportlichen Wettbewerb und die Organisation der Weltmeisterschaft haben kann.

Deutschland muss deshalb seine Handlungsmöglichkeiten als Gastgeberland konsequent nutzen. Eine sportrechtliche Teilnahmeberechtigung begründet nicht automatisch einen Anspruch auf Einreise nach Deutschland oder auf Erteilung eines Visums. Die Bundesregierung muss daher insbesondere die Möglichkeiten des deutschen und europäischen Einreise- und Visarechts konsequent prüfen und sämtliche rechtlich zulässigen Maßnahmen ausschöpfen.

Unser Ziel ist eindeutig: Keine russischen Nationalmannschaften bei der Eishockey-Weltmeisterschaft 2027 in Deutschland. Dafür müssen alle rechtlich zulässigen politischen, diplomatischen, aufenthaltsrechtlichen, organisatorischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten genutzt werden.

weitere Antragsteller*innen

Viola von Cramon (KV Göttingen); Thea-Helene Gieroska (KV Hof); Gerhard Thiel (KV Diepholz); Torsten Grieger (KV Altenburg); Arven Herr (KV Göttingen); Felix Langer (KV Braunschweig); Hannes Damm (KV

Vorpommern-Greifswald); Radosawa Stomporowski (KV Bonn); Sebastian Lakner (KV Lübeck); Lydia Krüger (KV Berlin-Pankow); Rita Schilling (KV Oldenburg-Stadt); Tim Heim (KV Berlin-Pankow); Sven Marcell Frings-Michalek (KV Schaumburg); Judith Göbel (KV Ludwigslust-Parchim); Britta Kamp (KV Cuxhaven); Jana Belaschki (KV Berlin-Pankow); Christian Reuter (KV Hannover); Michael Oberst (KV Berlin-Pankow); Susanne Sachtleber (KV Berlin-Mitte); sowie 122 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.